

Stand: 19.05.2024 14:31:40

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/10484

"Staatsregierung in Gemeinschaftsunterkunft"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/10484 vom 16.04.2008
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/11094 des SO vom 08.05.2008
3. Beschluss des Plenums 15/11217 vom 16.07.2008
4. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 16.07.2008

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg, Renate Ackermann, Ulrike Gote, Christine Kamm, Barbara Rütting, Dr. Martin Runge, Christine Stahl, Simone Tolle und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Staatsregierung in Gemeinschaftsunterkunft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zusammen mit Mitgliedern des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik und in Begleitung von Entscheidungsträgern der Wohlfahrtsverbände, der Stadt München und zweier Amtsärzte (Regierung von Oberbayern, Referat Gesundheit und Umwelt der Stadt München) sowie eines unabhängigen Arztes und eines weiteren Sachverständigen bezüglich der Mindeststandards die Gemeinschaftsunterkunft Waldmeisterstraße 98 in München zu besichtigen.

Über den Besuch wird im Ausschuss Bericht erstattet.

Bei dem Bericht ist auf folgende Schwerpunkte einzugehen:

- zahlenmäßige Belegung/Zusammenlegung,
- Situation der Kinder (Aufenthaltsräume, Spielplätze, Möglichkeiten, um ungestört Hausaufgaben zu machen etc.),
- Privatsphäre, Strom- und Wasserversorgung, Ausstattung der Sanitäranlagen und Küche,
- Sauberkeit, Schimmelbefall, Zustand der Sanitäranlagen und der Küche, Ungeziefer, Ratten,
- Sicherheit vor Verletzungsgefahr,
- gesundheitliche Folgen für die Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere für die Kinder,
- psychische Folgen für die Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere für die Kinder,
- Mindeststandards für die Unterbringung unter Berücksichtigung der EU-Vorgaben,
- Betreuung und Beratung.

Begründung:

Nach vorliegenden Informationen ist die Unterbringungssituation der ca. 260 Flüchtlinge, davon 80 Kinder, in der Gemeinschaftsunterkunft Waldmeisterstraße 98, München, unerträglich: „Die Container sind total abgewohnt, heruntergekommen und verdreckt, die Unterkunft ist – trotz rückläufiger Asylbewerberinnen- und Asylbewerberzahlen – konstant überbelegt.“

Besonders beunruhigend ist die Tatsache, dass die Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere die Kinder, aufgrund der schlechten Unterbringungssituation beträchtliche seelische und gesundheitliche Schäden davontragen. Dies ist in Einzelfällen durch ärztliche Atteste nachgewiesen. Es kann und darf nicht Ziel der Unterbringung sein, gesundheitliche Schäden zu verursachen oder in Kauf zu nehmen. Die Missachtung elementarer Mindeststandards durch die Unterbringung verursacht erhebliche Krankheitskosten, die der Staat zu tragen hat. Auch dies kann nicht Sinn der Unterbringung sein. Vielmehr muss die zuständige Behörde hier ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Flüchtlingen nachkommen.

Angesichts der gravierenden Vorwürfe ist es dringend geboten, dass sich die Mitglieder des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik zusammen mit Entscheidungsträgern der Staatsregierung und der Wohlfahrtsverbände selbst vor Ort ein Bild über die Zustände in der Gemeinschaftsunterkunft machen. Durch die Begleitung von Ärzten sollen gesundheitliche Belastungen durch die u. E. desolaten Unterbringung beurteilt werden. Ein Bericht ist notwendig, um über das weitere Vorgehen im Ausschuss zu entscheiden.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und
Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**
Drs. 15/10484

Staatsregierung in Gemeinschaftsunterkunft

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der erste Absatz folgende Fassung erhält:

„Der Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik beschließt einen Ortstermin zur Besichtigung der Gemeinschaftsunterkunft Waldmeisterstr. 98 in München. Dazu sind Vertreter der Staatsregierung, der Caritas, der Stadt München, sowie zwei Amtsärzte (Regierung von Oberbayern, Referat Gesundheit und Umwelt der Stadt München), ein unabhängiger Arzt und ein Vertreter von Refugio einzuladen.“

Berichterstatlerin: **Renate Ackermann**
Mitberichterstatte: **Joachim Unterländer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 95. Sitzung am 08. Mai 2008 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Joachim Wahnschaffe
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg, Renate Ackermann, Ulrike Gote, Christine Kamm, Barbara Rütting, Dr. Martin Runge, Christine Stahl, Simone Tolle** und **Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

Drs. 15/10484, 15/11094

Staatsregierung in Gemeinschaftsunterkunft

Der Ausschuss für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik beschließt einen Ortstermin zur Besichtigung der Gemeinschaftsunterkunft Waldmeisterstr. 98 in München. Dazu sind Vertreter der Staatsregierung, der Caritas, der Stadt München sowie zwei Amtsärzte (Regierung von Oberbayern, Referat Gesundheit und Umwelt der Stadt München), ein unabhängiger Arzt und ein Vertreter von Refugio einzuladen.

Über den Besuch wird im Ausschuss Bericht erstattet.

Bei dem Bericht ist auf folgende Schwerpunkte einzugehen:

- zahlenmäßige Belegung/Zusammenlegung,
- Situation der Kinder (Aufenthaltsräume, Spielplätze, Möglichkeiten, um ungestört Hausaufgaben zu machen etc.),
- Privatsphäre, Strom- und Wasserversorgung, Ausstattung der Sanitäranlagen und Küche,
- Sauberkeit, Schimmelbefall, Zustand der Sanitäranlagen und der Küche, Ungeziefer, Ratten,
- Sicherheit vor Verletzungsgefahr,
- gesundheitliche Folgen für die Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere für die Kinder,
- psychische Folgen für die Bewohnerinnen und Bewohner, insbesondere für die Kinder,
- Mindeststandards für die Unterbringung unter Berücksichtigung der EU-Vorgaben,
- Betreuung und Beratung.

Der Präsident

I.V.

Barbara Stamm

I. Vizepräsidentin

Plenarprotokoll Nr. 129 vom 16.07.2008

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)